

**PRESSE-
GESPRÄCH**
18.06.2024

TEUERUNG & CO. VERSCHÄRFEN LEBENSITUATION DER WIENER:INNEN

AK Studie „Konsum & Krise“ zeigt Sorgen und Nöte der Wiener:innen aufgrund von Teuerung, Covid, Klimaerwärmung und Ukrainekrieg: Konsum- und Ernährungsverhalten hat sich verändert – Mehrheit ist sparsamer und wünscht sich mehr finanzielle Stabilität – Unzufrieden mit Regierungsmaßnahmen gegen Teuerung

GABRIELE ZGUBIC

Leiterin der Abteilung Konsument:innenpolitik, AK Wien

OLIVER MEIXNER

Studienautor, BOKU, Department für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften



WIEN

AK Studie: „Ich schau‘, wo ich sparen kann“ – Verschärfte Lebensumstände für Mehrheit der befragten Wiener:innen!

Vor allem Teuerung hat Wiener Haushalten zugesetzt: Sie planen ihren Konsum genauer, sind sparsamer, auch bei Urlaub und Freizeit – Wunsch nach mehr finanzieller Stabilität

Die diversen Krisen wie Teuerung, Covid, Ukrainekrieg und Klimaerwärmung haben sich auf das Konsum- und Ernährungsverhalten der befragten Wiener Haushalte ausgewirkt, vor allem die Teuerung hat deutliche Spuren hinterlassen. Eine qualitative Befragung der BOKU im Auftrag der AK von 37 Wiener Haushalten im Jahr 2023 zeigt: Auch ein Einkommensplus kann die überproportional gestiegenen Ausgaben für Miete, Energie und Lebensmittel nicht auffangen, sagt rund jeder zweite Wiener Haushalt. Sie planen jetzt genauer und sind sparsamer. Das gilt auch für Urlaub und Freizeit. Positiv: mehr Gesundheits- und Umweltbewusstsein.

„Die verschiedenen Krisen belasten die Befragten emotional und sie wünschen sich für die Zukunft vor allem mehr Normalität und finanzielle Stabilität“, schlussfolgert BOKU-Studienautor Oliver Meixner.

„Auch diese Befragung bestätigt, dass die Teuerungen den Menschen zusetzen. Viele müssen ihr Haushaltsbudget genau planen. Nachhaltige Maßnahmen gegen die Teuerungen sind nötig. Denn zwei Drittel der befragten Wiener:innen sagen, dass sie mit den staatlichen Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Teuerung unzufrieden sind“, sagt Gabriele Zgubic, Leiterin der AK Konsument:innenpolitik.

Die AK verlangt:

- + Mietenbremse reparieren
- + Preistransparenzdatenbank und Preisgesetz „mit Biss“ gegen Lebensmittelteuerung
- + leistbare Energiepreise für alle und ein vergünstigter Tarif für einkommensschwache Haushalte sowie Entlastung bei den Netzkosten.

Zur Studie „Konsum und Krise“

Die verschiedenen Krisen – Teuerung, Covid, Ukrainekrieg und Klimaerwärmung – haben sich auf das Konsum- und Ernährungsverhalten der Menschen ausgewirkt. Die Universität BOKU hat im Juni/Juli 2023 im Auftrag der AK Wien 37 Wiener Haushalte befragt, wie sie die Krisen beeinflusst haben, wie sie auf die Herausforderungen reagieren, und welche Konsequenzen sie ziehen. Fast zwei Drittel der Befragten haben ein niedriges Einkommen, ein Drittel ein mittleres Einkommen. Die Mehrheit (rund zwei Drittel) lebt in einen Mehrpersonenhaushalt, ein Drittel in einem Singlehaushalt.

AK Studie: Wiener Haushalte passen ihr Konsumverhalten an, schränken sich ein, sind sparsamer, aber auch umweltbewusster und sehnen sich nach mehr finanzieller Stabilität

+ **Teuerung frisst Einkommen auf:** Rund die Hälfte der Befragten gab an, dass die Teuerung das Einkommen ziemlich geschmälert hat – nämlich durch die hohe Inflation wurde das Einkommen weniger Wert.

+ **Miete und Energie deutlich gestiegen:** Bei fast allen sind die Ausgaben für Miete und Energie deutlich gestiegen.

+ **Sparen bei Ausgaben:** Die deutliche Mehrheit muss sparen. Ein echtes Ansparen ist kaum mehr möglich.

+ **Bessere Ausgabenplanung:** Mehr als die Hälfte der Befragten plant ihren Konsum nun deutlich besser und genauer, teilweise verzichten sie gänzlich auf geplante Einkäufe.

+ **Eigenmarken und Aktionen im Fokus:** Das Preisbewusstsein beim Einkauf im Supermarkt ist bei fast allen Befragten gestiegen. Einkäufe werden mehr geplant und es wird vermehrt auf billige Produkte zurückgegriffen, etwa der Kauf von mehr Eigenmarken und das Nutzen von Rabatten und Aktionen. Bio- und regionale Lebensmittel werden weiterhin bei einem Teil der Befragten verstärkt nachgefragt, weil sie sich gesund ernähren möchten. Allerdings gab rund ein Drittel an, wegen des Preises keine Bio-Lebensmittel oder regional einzukaufen. Auch der Einkauf bei Diskontern und Sozialmärkten nahm zu.

+ **Weniger Urlaub und Freizeitaktivitäten:** Urlaub wird vermehrt kostengünstig in Österreich geplant, also auch bei Familie und im Freundeskreis. Freizeitaktivitäten schränken sie ein oder sie steigen auf kostengünstigere Alternativen um. Rund ein Viertel meinte, dass sich das Urlaubsverhalten nicht geändert hat.

+ **Gestiegenes Umweltbewusstsein:** Die meisten der Befragten sind umweltbewusster geworden: Am häufigsten nennen sie Mülltrennung, weitere Maßnahmen sind beispielsweise Energiesparen, Kauf von Second-Hand, mehr mit Öffis oder Rad fahren und Ernährung. Manche Maßnahmen hängen auch mit der Teuerung zusammen.

+ **Ukraine-Krieg drückt aufs Gemüt:** Die Befragten zeigen sich sehr betroffen, vor allem wegen der geografischen Nähe.

+ **Höheres Gesundheitsbewusstsein wegen Covid:** Die Covid-Pandemie hat insgesamt zu einem höheren Gesundheitsbewusstsein geführt. Es wird etwa mehr selbst gekocht.

+ **Mehr Stabilität:** Für die Zukunft erhoffen sich die Befragten vor allem finanzielle Stabilität, die auch durch Maßnahmen der Regierung erreicht werden sollten.

+ **Regierung muss mehr tun:** Zwei Drittel der Befragten meinen, dass sie mit den staatlichen Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Teuerung unzufrieden sind. Einmalzahlungen werden zwar akzeptiert, dennoch als nur kurzfristig hilfreich bewertet. Zufrieden mit Einmalzahlungen zeigen sich vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen. Finanziell belastete Menschen fühlen sich im Stich gelassen.

+ **Wünsche für die Zukunft:** mehr finanzielle Stabilität, Umweltschutz und staatliche Unterstützung sowie Normalität.

„Die Ausgaben sind einfach enorm geworden, dass mir nichts vom Geld übrigbleibt“ – was die Befragten sagen

Teuerung

„Die Ausgaben sind einfach enorm geworden, so dass mir einfach überhaupt nichts vom Geld übrigbleibt.“

„Man kann sich fast nichts mehr extra leisten. Man kann nur überlegen, die Wohnung zahlen, das Essen und das Notwendigste. Und ja, es bleibt einfach nichts übrig.“

„Ich kaufe [Eigenmarke eines Lebensmitteleinzelhändlers], weil es billiger ist, preisbewusster.“

„Also Energiekostenzuschuss ist ja ganz schön und nett, aber wenn die Energiekosten sich verdoppeln, verdreifachen, dann ist es ein Tropfen auf dem heißen Stein, der eigentlich nur Kosmetik von Seiten der Regierung ist.“

Covid

„Bei uns war konkret das Problem der Lärmbelästigung, weil man einfach nicht mehr ausweichen konnte.“

Klima

„Also Klima ist für mich wirklich mit ein bisschen einem Ohnmachtsgefühl verbunden.“

Ukrainekrieg

„Natürlich ist das in der Nähe von uns, deswegen macht es uns betroffener. Man hat ja natürlich auch Angst, dass es dann irgendwie zu uns kommt.“

Menschen nachhaltig entlasten!

„Viele Menschen müssen nach wie vor ihr Einkommen genau planen und sparsam umgehen“, erklärt Zgubic. „Aber mit Einmalzahlungen gegen die Teuerung wird Armut nicht einmal im Ansatz bekämpft, sie verpuffen viel zu schnell. Wir brauchen nachhaltige Lösungen.“

Die AK verlangt:

1 Runter mit den Mieten – Mietenbremse der Bundesregierungen reparieren: Die AK bleibt dabei: Eine Mietenbremse mit maximal zwei Prozent pro Jahr – auch rückwirkend für 2022 und 2023 – ist nötig. Eine Bremse von fünf Prozent für 2024 bis 2025 und dann nochmals für 2026 – wie sie die Bundesregierung beschlossen hat – ist fast wirkungslos. Die größten Mieterhöhungen waren 2022 und 2023. Die Inflation wird heuer laut Prognosen bereits unter fünf Prozent liegen.

2 Lebensmittelpreise – Preistransparenzdatenbank und Preisgesetz „mit Biss“: Die AK fordert schon lange eine umfassende Preistransparenzdatenbank sowie eine unabhängige Anti-Teuerungskommission, die alle Daten regelmäßig auswertet und kontrolliert. Außerdem muss das Preisgesetz den „Biss“ bekommen, den es braucht, um gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen vorzugehen.

3 „Österreich-Aufschlag“ muss weg: Der AK Preismonitor zeigt regelmäßig einen „Österreich-Aufschlag“ bei Markenprodukten – den hat auch die Bundeswettbewerbsbehörde bestätigt. Dieser Aufschlag muss weg. Es kann nicht sein, dass multinationale Konzerne von Einzel- und Großhändler:innen, je nach Mitgliedsstaat, unterschiedliche Preise für gleiche Produkte verlangen. Die AK hat bereits mit der EU-Kommission Kontakt aufgenommen, um sich für die Rechte der Konsument:innen einzusetzen. Wir erwarten aber auch von den zuständigen Ministern, auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass die Österreicher:innen beim täglichen Einkauf nicht mehr benachteiligt werden.

4 Leistbare Energieversorgung für alle und ein vergünstigter Tarif für einkommensschwache Haushalte: Die Bundesregierung soll die Energiekonzerne gesetzlich verpflichten, eine leistbare Energieversorgung im Sinne der Daseinsvorsorge für alle sicherzustellen (gemeinwirtschaftliche Verpflichtung vor Gewinnorientierung) und einen vergünstigten Tarif bei Wärme und Strom für Konsument:innen mit geringem Einkommen anzubieten.

5 Entlastung bei Netzkosten: Haushalte sind für 25 Prozent des Stromverbrauchs verantwortlich, tragen aber mehr als 40 Prozent der Netzkosten. Das ist unfair – daher fordert die AK eine gerechte Kostenverteilung und eine Beteiligung aller Netznutzer:innen an der Kostentragung.